

V0165/22

Bericht der Familienbeauftragten im Stadtrat
-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.02.2022-

V0268/22

Bericht der Familienbeauftragten im Stadtrat
Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 16.02.2022
(Referentin: Frau Weingärtner)

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 12.05.2022

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion (V0165/22) und der Antrag der Verwaltung V0268/22 werden gemeinsam behandelt.

Frau Weingärtner ergänzt die Beschlussvorlage. Gewünscht sei der Bericht der Familienbeauftragten aufgrund eines SPD-Stadtratsantrages gewesen. In der Recherche habe es viele umfassende Umfragen gegeben, mit dem Ergebnis, dass Familien mit Kita- und Grundschulkindern in den Jahren 2020 und 2021 besonders belastet gewesen seien. Der Grund dafür seien Gruppenschließungen aufgrund von Quarantäneregelungen in den Kindertageseinrichtungen und zum anderen durch Klassenschließungen in den Schulen gewesen. Nach Erstellung des Berichtes habe Frau Weingärtner erst ergänzende Zahlen vom städtischen Gesundheitsamt bekommen. Im Zeitraum von September 2021 bis April 2022 seien insgesamt über alle Schultypen in Ingolstadt hinweg 379 Klassen in Quarantäne geschickt worden, darunter 210 Grundschulklassen. Das sei ein Anteil von 55 %. Das habe natürlich bewirkt, dass die Betreuung der Kita- und Grundschul Kinder während der Quarantäne wieder von den Eltern übernommen werden musste. Berufstätige Eltern hätten hierbei wieder vor besonderen Herausforderungen gestanden, die durch Homeoffice-Regelungen der Arbeitgeber nur teilweise aufgefangen werden konnten. Wegen dieser besonderen Belastungssituation für Familien während der Pandemie habe der Stadtrat 2021 schon bereits mehrere Unterstützungsangebote beschlossen, die im schriftlichen Bericht hinterlegt seien. Besonders herausgreifen möchte Frau Weingärtner den Ausbau der Familienstützpunkte, die direkt vor Ort die Eltern und die Familien mit familienbildenden Angeboten unterstützen könnten. So seien während der Pandemie aktuelle Themen, die die Familien besonders bewegten, aufgegriffen worden und in digitalen Meetings, Workshops und Angeboten bearbeitet und aufgearbeitet worden. Am 15. Mai 2022 habe der neue Familienstützpunkt von Elisa Familiennachsorge Verein in der Stinnesstraße im Stadtteil Nordwest seinen Betrieb aufgenommen. Im Juni werde der neue Familienstützpunkt in Oberhaunstadt an den Start gehen, der von der Bürgerhilfe betrieben werde und vermutlich ab Juni 2022 auch der Familienstützpunkt der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) in Ringsee. Insgesamt gebe es dann sechs Familienstützpunkte in Ingolstadt, regional verteilt auf die Stadtbezirke, die von der Stadt Ingolstadt gemeinsam mit den Freien Trägern betrieben würden und Familien mit ihren jeweiligen Erziehungs- und Familienthemen gut vor Ort unterstützen könnten. Frau Weingärtner teilt außerdem zu den Maßnahmen, die der Stadtrat im Jahr 2021 beschlossen habe und ob sie Wirkung zeigten, mit, dass es schwierig sei, diese zum jetzigen Zeitpunkt zu messen. Die Auswirkungen müssten in den jeweiligen Ämtern anhand von Zielsetzungen und Indikatoren gemessen werden. Erschwerend käme hinzu, dass die zusätzlich beschlossenen Personalressourcen erst vor kurzem oder gar nicht besetzt werden konnten. Somit werde es sicherlich noch ein bisschen Zeit in Anspruch nehmen, um feststellen zu können, ob die beschlossenen Maßnahmen den Ingolstädter Familien auch zugutekämen und ob die Defizite, die in den

Familien, bei den Kindern und Jugendlichen, entstanden seien, auch tatsächlich aufgeholt werden konnten. Frau Weingärtner ist sich sicher, dass die Unterstützungsmaßnahmen wirkten. Sie bedankt sich in diesem Zusammenhang bei der Stadt Ingolstadt für die Zurverfügungstellung der entsprechenden finanziellen Mittel.

Stadtrat Werner bedankt sich bei Frau Weingärtner für den Bericht. Die SPD-Stadtratsfraktion habe sich in den letzten zwei Jahren in erster Linie Sorgen um die Familien gemacht, weil es in der Tat vielfach eine selbst kaum zu bewältigende Situation gewesen sei. Stadtrat Werner findet, dass der gesamte Stadtrat gut reagiert habe. Das Thema, das andernorts immer sehr kontrovers und emotional diskutiert werde, sei sachlich behandelt worden und man habe nach Hilfemöglichkeiten gesucht und diese auch gefunden. Für eine Evaluation sei es zu früh. Stadtrat Werner hebt den Punkt Familienstützpunkte hervor. Als erstes bedankt er sich beim vorangegangenen Stadtrat und der Stadtführung, die in der letzten Amtsperiode den Ausbau der Stützpunkte gestaltet hätten. Die Verwaltung habe seiner Ansicht nach zudem mit den Freien Trägern sehr schnell zusammengearbeitet. Stadtrat Werner freue sich, dass der Verein Elisa gekommen sei, aber auch die neuen Träger in Ringsee und die Bürgerhilfe. Dies seien niederschwellige Angebote, die helfen würden, die Familien vor Ort bei der Bewältigung der Probleme zu unterstützen. Es gebe sicherlich noch den einen oder anderen weißen Fleck, z. B. im Südwesten. Der Stützpunkt in Oberhaunstadt werde wohl auch noch den nördlichen Bereich vom Nordosten mit abdecken können. Die Bitte von Stadtrat Werner sei es aber, ein möglichst lückenloses Netz dieses tollen Angebotes zu schaffen.

Stadträtin Bulling-Schröter interessiert, ob es konkrete Zahlen gebe, z. B. zum Kinderfreizeitbonus für bedürftige Familien mit niedrigem Einkommen und wie viele dieses Angebot angenommen hätten. Des Weiteren fragt sie an, ob es möglich sei, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien einen Bericht von den Vertreterinnen und Vertretern der Familienstützpunkte erhalten könne, um zu hören, welche Probleme es gebe und wo Unterstützung nötig sei.

Herr Fischer führt aus, dass es auf den Kinderfreizeitbonus einen Rechtsanspruch gegeben habe. Dieser sei an alle Kinder und Jugendlichen, die Leistungen vom Jobcenter erhielten, ausbezahlt worden. Das seien rund 2.000. Weitere Einzelheiten sichert Herr Fischer als Protokollanmerkung zu.

Frau Weingärtner begrüßt den Vorschlag von Stadträtin Bulling-Schröter, die Arbeit der Familienstützpunkte vorzustellen. Es biete sich an, den Familienstützpunkt im Augustinviertel und zwei weitere auszuwählen. Im Herbst werde der Stadtteiltreff Augustin in das neue Gebäude umziehen und der Familienstützpunkt Süd ziehe mit um.

Bürgermeisterin Kleine denkt, dass es hauptsächlich darum gehe, die Arbeit der Familienstützpunkte in den Ausschuss zu bringen, um sich ein Bild davon machen zu können, welche Themen und Probleme auftauchen.

Herr Fischer ergänzt, dass es eine umfassende Konzeptfortschreibung in Zusammenarbeit mit der Katholischen Universität Eichstätt gebe. Die Elternbefragung mit dem Ergebnis könne über das Ratsinformationssystem abgerufen werden. Konkrete, einzelne Angebote könnten natürlich zusätzlich betrachtet werden.

Frau Weingärtner zeigt auf, dass Berichte im Bereich der Familienbildung bis jetzt immer im Jugendhilfeausschuss behandelt worden seien. Deshalb sei der Sozialausschuss natürlich nicht so gut informiert.

Stadtrat Schidlmeier merkt an, dass sich die Mitglieder des Stadtrates Gedanken darüber machen müssten, wenn sich im Herbst ähnliche Situationen wie im letzten Jahr aufgrund der Pandemie mit Quarantäneregelungen ergeben würden. Im Bereich Kinderbetreuung gebe es eine sehr knappe Personaldecke. Ämterübergreifend sollte deshalb ein Konzept überlegt werden, wie die Betreuung dann ermöglicht werden könne.

Stadtrat Niedermeier bezieht sich in seinen Ausführungen auf eine Aussage in der Vorlage. Dort stehe auf Seite 3, 2. Absatz, dass die Kontaktbeschränkungen die Familien mit den Jugendlichen besonders gefordert hätten und Freizeit- und Treffmöglichkeiten stark eingeschränkt gewesen seien. Er wisse, eine Mitarbeiterin von der Jugendhilfe momentan in den Bezirksausschüssen unterwegs sei, um zu erforschen, wie es denn mit Treffpunkten usw. stehe. Manche Bezirksausschüsse arbeiteten gut mit, aber es gebe auch einen Bezirksausschuss, der keinen Bedarf sehe, da es die Vereine gebe. Stadtrat Niedermeier ist der Meinung, dass sich Vereinsmitglieder gerne auch außerhalb der Vereine treffen würden und deshalb brauche es andere Treffpunkte. Über das Ergebnis der Jugendhilfeaktion in den Bezirksausschüssen werde Herr Fischer sicherlich berichten. Des Weiteren erwähnt Stadtrat Niedermeier die besondere Situation beim Schwimmunterricht in den Grundschulen, der des Öfteren ausgefallen sei. Erschreckende Zahlen könnten gelesen werden: Bundesweit 200.000 Schülerinnen und Schüler hätten keinen Schwimmunterricht gehabt und es sei schwierig, das Ganze nachzuholen. Aktionen, wie z. B. Schwimmgutscheine gebe es bereits, aber hier sollte nicht nachgelassen und weitergemacht werden.

Herr Fischer gibt einen kurzen Sachstand. Zum Thema Treffpunkte für junge Menschen in Ingolstadt habe es in der vergangenen Woche eine referatsübergreifende Arbeitsgruppe gegeben, in der die Realisierungschancen von verschiedenen Standorten unter den unterschiedlichsten Aspekten diskutiert worden seien. Als Kommune müsse viel beachtet werden, z. B. der Umwelt- und Denkmalschutz, das Baurecht und unter Umständen noch die Herausforderungen durch Überschwemmungsgebiete in Donaunähe, die es in anderen Städten in dem Umfang nicht gebe. Sein Referat versuche aber, die schnellstmöglich realisierbaren Standorte in einer Sitzungsvorlage dem Sozialausschuss zur Entscheidung vorzulegen. Insgesamt plane man, sich ziemlich stark an dem Modell aus München zu orientieren. Dabei handle es sich um klassische Überseecontainer, die teilweise aufgeschnitten und mit entsprechend modernem Mobiliar ausgestattet würden. Das habe unter anderem den Vorteil, dass, sollte sich ein Standort nicht als optimal erweisen, der Container dann leicht transportiert und versetzt werden könne. Von daher glaubt Herr Fischer, dass dies eine gute Lösung wäre.

Stadträtin Mader bedankt sich für die ausführliche Vorlage. Die Wichtigkeit der Familienstützpunkte werde von ihr und der CSU-Stadtratsfraktion auch gesehen. Es freut sie, dass es dann insgesamt sechs Stützpunkte gebe. Für sie sei aber der Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen ebenso ganz wichtig. Sie betont, dass auch an den weiterführenden Schulen ein sehr großer Bedarf sei, der den Schülerinnen und Schülern außerhalb der Familien ermögliche, ihre Sorgen und Nöte loszuwerden. Sie würde es begrüßenswert finden, wenn hier auch die Landkreise unterstützen würden. Die Arbeit sei sehr wichtig, wahrscheinlich seit den letzten zwei Jahren noch viel mehr.

Die Vorlage zum Thema Ausbau der Jugendsozialarbeit in Schulen sei fast druckreif, so Herr Fischer. Er wolle aber noch mit der antragstellenden CSU-Stadtratsfraktion Rücksprache nehmen, um nichts zu übersehen. Er sei aber sehr zuversichtlich, dass eine Lösung präsentiert werden könne, die zwar nicht gleich zu Beginn des nächsten Schuljahres starte, aber eben für das Jahr 2023, auch an weiterführenden Schulen. Es habe eine Umfrage bei allen Schulen stattgefunden, um sich die Bedarfe von den einzelnen Schulleitungen schildern zu lassen. Entsprechend dieser gemeldeten Bedarfe werde ein gestuftes Konzept vorgeschlagen, an den Gymnasien auf alle Fälle und an einigen weiteren Schulen auch, bis hin zu einem mobilen Angebot für die Schulen, die nicht dauerhaft einen Bedarf an Jugendsozialarbeit hätten, aber gerne im Bedarfsfall darauf zurückgreifen möchten.

Der Bericht der Familienbeauftragten wird zur Kenntnis genommen.

Protokollanmerkung von Herrn Fischer zum Kinderfreizeitbonus:

Anspruch auf einen Kinderfreizeitbonus in Höhe von 100 Euro je minderjährigem Kind hatten Familien, die im August 2021 Leistungen nach dem SGB II, dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB XII erhalten haben oder die Kinderzuschlag oder Wohngeld bezogen haben.

Die Stadt Ingolstadt hat den Kinderfreizeitbonus für 2.285 Kinder und Jugendliche ausbezahlt, darunter 2.106 Minderjährige im SGB II Leistungsbezug (210.600 €) und 179 Minderjährige mit AsylbLG-Leistungen (17.900 €).

Für die Auszahlung an Familien, die Kinderzuschlag, Wohngeld oder SGB XII Leistungen erhalten haben, war die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit zuständig. Alle Familien, die im August 2021 einen Kinderzuschlag erhalten haben, haben automatisch auch den Kinderfreizeitbonus erhalten. Für wie viele weitere Ingolstädter Kinder und Jugendliche der Kinderfreizeitbonus durch die Familienkasse bewilligt wurde, liegen der Stadtverwaltung keine Daten vor.

Sinn und Zweck des Kinderfreizeitbonus nach dem Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ der damaligen Bundesregierung war, dass Kinder und Jugendliche Angebote zur Freizeitgestaltung insbesondere in den Ferien wahrnehmen und während der Pandemie Versäumtes nachholen konnten.

Nach der Gesetzesbegründung (BT-Drucksache 19/29765) „kann es sich sowohl um Aufwendungen handeln, die direkt mit der Aktivität im Zusammenhang stehen (zum Beispiel Eintrittsgebühren), oder um Aufwendungen für die Nutzung der Aktivitäten (zum Beispiel spezielle Kleidung oder Schuhe). Auch wenn der Betrag vorrangig für Freizeitaktivitäten gedacht ist, besteht keine Verwendungsvorgabe. Dementsprechend ist weder eine „zweckentsprechende Verwendung“ nachzuweisen noch kann die Bewilligungsentscheidung wegen zweckwidriger Mittelverwendung widerrufen werden. Die Familien entscheiden in eigener Verantwortung, wofür sie die zusätzlichen Mittel einsetzen.“

Daher liegen der Stadtverwaltung keine Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang der Kinderfreizeitbonus von den leistungsberechtigten Familien für Freizeitaktivitäten ihrer Kinder genutzt wurde.

